

Kulturpolitik – Kulturbegriff

*Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament,
auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut.
Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken.
(Kultur- Enquete-Kommission des Bundestages)*

Der Kulturdiskurs begann mit Herder und ist seither ideologisch aufgeladen. Herder prägte einen ethnologischen Kulturbegriff. Das hatte zunächst mit Künsten nicht zu tun, aber auch nichts mit Nationen – es gab noch keine deutsche Nation. Herder definierte Kultur als verkürzt gesagt als die relativ stabilen Eigenschaften, in denen sich die Völker unterscheiden.

Schiller führte in seinen philosophischen Schriften die Poetik, den Diskurs des Kunstschönen, des Erkennens, die Politik, die Bildung und Lebensweise zusammen.

Allerdings ist er auch mitverantwortlich für die Überhöhung der „deutschen Kultur“.

Durch die zerstörten Hoffnungen des Bürgertums nach der franz. Revolution suchte es ein Politikersatz indem es die Künste als ihr Terrain betrachtete, es ideologisch überhöhte und zu einer Kunstreligion hoch stilisierte.

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des deutschen Kulturrats) spricht von einer damals entstandenen ideologischen Kruste, unter der noch heute jedes Reden über musische, ästhetische, künstlerische oder kulturelle Bildung leidet.

Historisch gab es zuerst ein kulturelles Deutschland bevor es ein politisches gab. Das Bürgertum in der Aufklärung, Klassik und Romantik entriss den kleinstaatlichen Feudalherren und den Kirchen den kulturellen Sektor und gab ihm nach und nach mehr Freiräume.

Noch in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es eine völkische antirationale Bewegung, die gleichzeitig angelehnt an die Klassik, humanistische und emanzipatorische Ziele hatte (Beispiel Anthroposophen, Wandervögel).

Ich vermute, und das entspricht meiner persönlichen Lebenserfahrung, dass sich gegen diese sogenannte Hochkultur bei Teilen der Linken ein pauschales Misstrauen entwickelt hat, die entweder als elitär abgelehnt wird oder der jeglicher Sinn abgesprochen wird im Sinne des Kaisers der sich im Märchen neue Kleider anlegen lässt. Beispiel „Neue Musik“, die Alltagsgeräusche mit aufnimmt oder verarbeitet, oder in der bildenden Kunst wo monochrome Farbflächen oder monotone Kleckse (Pollock) als Kunst angesehen wird.

Ursprünglich hatte die Arbeiterbewegung ein dialektisches Verhältnis zu Hochkultur oder klassischen Kunst. Es gab Bildungszirkel in den Arbeiterparteien, in denen sich die Arbeiter intensiv mit der Antike, mit Schiller, Goethe und den Klassikern der Musik beschäftigt haben. Peter Weiss hat einen solchen Prozess literarisch in der „Ästhetik des Widerstands“ beschrieben.

Weg von einer individualistischen Nabelschau haben linke Philosophen (Adorno, Habermas, Marcuse, Bloch, Benjamin) in Ihrer Kritik des Kapitalismus gefordert, dass sich die Arbeiterbewegung die bürgerliche Kultur und das gesamte kulturelle Erbe in einem dialektischen Prozess aneignen solle.

Letztere haben jedoch in ihrer Kritik der Kulturindustrie recht undialektisch die positiven Seiten - sprich demokratischen Möglichkeiten der Massenkultur und Massenvermarktung übersehen.

Heute kommt die digitalen Welt dazu, die ganz neue demokratische und interaktive Chancen der Kulturaneignung und des Kulturschaffens schafft.

Beispiel Iran. Dort gibt es eine Untergrundmusikszene, die Auftrittsverbot hat, aber über das Internetportal „youtube“ sehr populär ist.

Die DDR versuchte den Anspruch auf dialektische Aneignung und Bewahrung des kulturellen Erbes umzusetzen. Teilweise ist ihr das gelungen.

Es gab eine weltweit einzigartige Dichte an Kultureinrichtungen.

Zur Belebung einer seiner langen Reden vor dem Nationalrat der Nationalen Front bemühte Walter Ulbricht den bürgerlichen Klassiker Goethe. Fausts letzte Worte im zweiten Teil des Dramas: „Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn, auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n...!“ kommentierte der Parteichef so: „Was aus dem gemeinschaftlichen Werk des befreiten Volkes auf freiem Grund wird, läßt Goethe offen. Eigentlich fehlt hier noch ein dritter Teil des ‚Faust‘. Goethe hat ihn nicht schreiben können, weil die Zeit dafür noch nicht reif war. Erst weit über hundert Jahre, nachdem Goethe die Feder für immer aus der Hand legen mußte, ..., haben alle Werktätigen der DDR begonnen, diesen dritten Teil des ‚Faust‘ mit ihrer Arbeit, mit ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus zu schreiben...“

Thomas Flierl (Berliner Senator für Kultur)

stellt fest, dass die Linke in Ost und West unter einem Theorie- und Politikpolitikzentrismus gelitten hat. Der Kulturbegriff sei weitestgehend im „Kunsthorizont“ verblieben und man pflege gleichzeitig ein instrumentelles Verhältnis zu den Künsten.

Hier steckt noch die Forderung drin, dass die Kunst bzw. der Künstler parteilich zu sein habe. Von Thomas Flierl habe ich auch die Formulierungen für die Presseankündigung des heutigen Stammtisches.

Er fordert ein gemeinsames Kulturverständnis, das nur ein pluralistisches und sozio-kulturell engagiertes sein kann.

Grundlage dafür sieht er in der künstlerischen Avantgarde und kulturellen Reformbewegungen im 1. Drittel des 20. Jahrhunderts (Dada, Tucholski, Brecht, Weil, Eissler, Bauhaus) sowie in der 68. Bewegung und folgende bis zur heutigen Bewegung gegen den neoliberalen Umbau.

Seine Stellungnahme, zusammen mit weiteren von Lafontaine, Bisky und Luc Jochimsen in der Zeitschrift Politik und Kultur kommentiert die Mitarbeiterin des Kulturrats Gabriele Schulz: Die LINKE hat das am festesten gefügte Grundverständnis von Kultur, das dann auch die Grundlage für die Kulturpolitik bildet. Kunst wird im Kontext der Avantgarde gesehen, Künstler sollen Utopien entwerfen.

„Obwohl sich kritisch mit der Funktionalisierung von Kunst und Kultur in der DDR auseinandergesetzt wird, wird der Kunst wenig eigenwert eingeräumt. Kunst die nur für sich steht, Künstler, die um der Kunst willen arbeiten, weil sie nicht anders können, kommen in diesem Gedankengebäude nicht vor.“

Dem gegenüber steht die Aussage im PDS-Programm von 2003:

„Weil die Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will die PDS die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen“.

Für mich gilt es klar zu unterscheiden:

Was hat Die Linke selbst für ein Verhältnis zur Kultur und zur Kunst?

Ich habe es genannt: Ein pluralistisches und sozio-kulturell engagiertes.

Was für ein Kultur- und Kunstmodell hat die Linke für den gesamten Staat und Gesellschaft?

Das kann nur ein pluralistischer Begriff sein, mit dem ausdrücklichen Votum für die Freiheit der Kunst.

Damit verbunden ist aber die Forderung nach der Einbeziehung möglichst aller in den Kultur- und Kunstbetrieb, sowohl als aktiv wie auch konsumierend. Umgekehrt hat die LINKE die Forderung, dass sich die Kunst und die Kunstschaffenden nicht in elitären Zirkeln abschotten

sondern selbst auch Formen und Wege suchen soll, um mit der Bevölkerung in einen Austausch zu kommen.

Die PDS und die Linkspartei haben in der Enquete-Kommission Kultur mitgearbeitet und tragen die Ergebnisse des Berichts mit.

Dieser Bericht aus dem Jahr 2007 hat 550 Seiten und ist eine umfassende Darstellung der Kultur in Deutschland beinhaltet.

Dieser Bericht hat 500 Vorschläge an den Bund, die Länder und die Kommunen.

Der Bericht hat das Ziel die Kultur insgesamt zu stärken. „Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller an der Kultur muss gewährleistet sein, denn sie bedeutet auch Teilhabe an der Gesellschaft.

„Gerade die Förderung der kulturellen Ausdrucks- und Präsentationsformen, die sich nicht „verkaufen“, gehört zu den Kernaufgaben der öffentlichen Förderung von Kultur. Der eigenwert – und damit auch der häufig unbequeme Eigensinn – der Kultur vor dem marktgesteuerten Blick auf den vermeintlichen Massengeschmack“ gilt es zu schützen.

Luc Jochimsen berichtet aus ihrer Arbeit in der Kulturkommission, dass es zuerst eine Diskussion über die sog. Leitkultur gegeben habe. Im Ergebnis habe man sich für die Präambel auf die Formulierung geeinigt: „Dem demokratischen Verfassungsstaat widerspricht die verbindliche Festlegung einer nationalen Kultur und Religion“.

Seither ist die Diskussion nach meiner Beobachtung vom Tisch.

Bei aller überparteilicher Übereinstimmung mit dem Enquetebericht, beklagt der für die Sondergutachten der Linken beauftragte Experte Prof. Dieter Kramer, dass eine Spannung zwischen diesem erweiterten Kulturbegriff in der Eingangspassage des Enqueteberichts und der starken Orientierung auf die Institutionen der „Hochkultur“ im weiteren Text besteht.

Es gibt Passagen im Enquete-Bericht, die für die Linken unzureichend oder zu verkürzt dargestellt waren:

Z.B. die Reduktion der DDR-Kultur auf angepasste Staatskünstler und aufmüpfigen Dissidenten. In Wahrheit gab es viele Nuancen dazwischen. An Personen festgemacht: z.B. Christa Wolf, Heiner Müller, Barbara Thalheim (30.01. im FranzK.) und Peter Sodann.

Zuwenig ausgearbeitet war die LINKEN das Thema „Zugang aller zu Kultur“, also der Zusammenhang zwischen sozialem Abstieg, Armut und kultureller Ausgrenzung.

Das gilt auch für die soziale Lage der Künstler selbst, wo zwar eine Künstler-Sozialversicherung geschaffen wurde, aber das Durchschnittseinkommen bei 1000 bis 1100 € liegt.

Dazu gehört die Forderung nach einer Stärkung des Urheberrechts, damit die Einnahmen tatsächlich den Urhebern zugute kommen.

Es gibt einige wenige Details im Enquete-Bericht, denen die Linke entschieden widersprochen hat, so z.B. die Empfehlung die arbeitsrechtlichen Regelungen bei kommunalen und staatlichen Trägern, Theater, Opern und Orchester aus den Tarifsystem des öffentlichen Dienstes heraus zu holen und flexibler zu gestalten.

Zu was das führen kann sieht man beim Theater Tonne, wo früher noch ein Stamm von Schauspielern für mehrere Jahre fest engagiert war, ist jetzt bei den Darstellern nur noch der Spielleiter fest angestellt. Alle anderen werden auf Honorarsbasis für einzelne Stücke engagiert.

Von den Linken immer wieder aufgegriffen, ist die Forderung, dass Künstler eine verbesserte Regelung bezüglich der Anwartschaftszeiten für den Anspruch auf Arbeitslosengeld bekommen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Linken ist der Erhalt, die Stärkung und die Grundlegende Reform der öffentlich rechtlichen Medienangeboten in allen Bereichen. Wir setzen auf einen eigenständigen, selbstorganisierten, staatsfernen Mediensektor, auf mehr Mitbestimmung durch entsprechende Redaktionsstatute.

Deutschland hat sich mit diesem Enquetebericht und mit der Unterzeichnung der Unesco-Konvention zur kulturellen Vielfalt ausdrücklich gegen eine schrankenlose Liberalisierung kultureller Dienstleistungen gewandt.

Im Mittelpunkt der Forderung der Kulturkommission steht die Forderung, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Im Sommer wurde ein Antrag zur Grundgesetzänderung abgelehnt. Nur die Linken, die FDP und eine grüne Abgeordnete stimmten dafür. Die SPD war der Meinung, dass zu diesem Staatsziel auch der Sport aufgenommen werden müsse. Die CDU ist der Auffassung, dass man mit einem Staatsminister Kultur genug getan habe.

Auf Länderebene wurde in Meck-Pom und Berlin auf Initiative der Linken die staatliche Verpflichtung zur Kulturförderung in die entsprechenden Verfassungen aufgenommen.

Mit einem entsprechenden Grundgesetzartikel kann zwar kein Hartz IV-Empfänger Theaterkarten einklagen, doch werden die Kräfte gestärkt, die sich gegen die Schließung von Kultureinrichtungen wehren, wie sie im ganzen Land, wie gerade aktuell in Thüringen oder in Wuppertal durchgeführt werden.

Grundsätzlich sprechen sich die kulturpolitischen Vertreter der Linken für den Erhalt aller bestehenden Kultureinrichtungen aus. Denn wenn auf Grund der aktuell prekären Finanzlage ein Theater oder ein Orchester dicht gemacht wird, ist es eine Illusion anzunehmen, dass an gleicher Stelle später eine zerstörte Struktur neu entstehen kann.

Es geht auch antizyklisch: Luc Jochimsen führt das Beispiel des 900-Seelen-Dorfes Kattendorf in Thüringen an. Die haben jüngst für eine halbe Million ein Theater für 120 Zuschauer gebaut.

Die Linke und auch schon die PDS orientiert sich an der Kulturdefinition UNESCO von 1982.

„Die Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.“

So gesehen ist die Linke auch ein kulturelles Projekt.

Die Kultur mit Bildungseinrichtungen, mit staatlichen, öffentlich rechtlichen und selbstverwaltet-genossenschaftlichen Strukturen ist ein Lebensbereich, der sich tendenziell der kapitalistischen Vermarktung entzieht.

Es ist ein Bereich der tendenziell wertorientiert ist und in dem deshalb die klaffenden Widersprüche zwischen den neoliberalen Heilsversprechungen und der Realität ästhetisch thematisiert werden.

Kultur ist nicht nur als Standortfaktor oder als Kreativressource für den Markt wichtig, es ist ein Bereich der dem Menschen tendenziell Raum für Selbstverwirklichung in einer sonst entfremdeten und fremdbestimmten Welt gibt.

Mit dem wachsenden Reichtum wachsen auch die potentiellen Möglichkeiten der kulturellen Betätigung und Rezeption. Gleichzeitig wächst ein Lebensbereich der bei Investoren Begehrlichkeiten auslöst.

Diese Tendenz gilt es abzuwehren, auch wenn nicht jedes privatwirtschaftlich organisierte kulturelle Projekt dank der Ansprüche des Publikums qualitätslos sein muss, so folgt dem kommerziellen Zugriff oft eine kulturelle Verflachung: Beispielsweise die Musical-Halls denen es ausschließlich um volle Häuser und um Unterhaltung pur geht und die gerne als marktgerechte Kulturevents den hochsubventionierten Opernhäusern entgegengestellt werden.

Wie Bürgertum mit seinen eigenen Werteansprüchen in Widerspruch gerät, wenn es sich im kulturellen Bereich bewegt, sieht man an den MdBs die in der Kulturkommission mitgearbeitet haben. Das sieht man an den Kulturstaatsministern, die nach meiner Beobachtung sich kritisch mit der Unterordnung der Politik unter dem neoliberalen Mainstream auseinandersetzen (Beispiel: Das Dresdner Manifest des Weltkulturforums von 2009, das sich gegen die neoliberale Politik wendet).

Peter Weiss

„Große Kunst ist immer klassenlos, weil sie sich an alle richtet, die aufnahmefähig sind.“

Ludwig Marcuse:

»Permanenter ästhetischer Umsturz – das ist die Aufgabe der Kunst. Die Abschaffung der ästhetischen Form, die Vorstellung, Kunst könne zu einem Bestandteil der revolutionären (und vorrevolutionären) Praxis werden, bis sie, unter einem voll entwickelten Sozialismus, adäquat in die Wirklichkeit umgesetzt ... werde – diese Vorstellung ist falsch und repressiv: das würde das Ende der Kunst bedeuten ... Aber es handelt sich hier um ein permanentes Ziel – Kunst kann, gleichgültig, in welcher Form sie auftritt, die Spannung zwischen Kunst und Wirklichkeit niemals beseitigen.«

Prof. Dieter Kramer:

Verhindert werden muss, dass mehr und mehr Menschen sich in blickdichte Parallelwelten mit Diskursverweigerung und Argumentationsresistenz zurückziehen. Das ist die besondere Gefahr bei der sozialen Dissoziation der Gesellschaft und den „Einschränkungen für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sich am kulturellen Leben zu beteiligen.“

Das Schlusswort von unserer kulturpolitischen Sprecherin Luc Jochimsen:

„Das Auseinanderbrechen einer Gesellschaft in Arm und Reich kann nur aufgehalten werden, wenn auf der Seite der Armen gebildete, wertorientierte, selbstbewusste Kulturbürger den Reichen gegenüber treten – und eine kreative Elite den Profit-Zombies Paroli bietet.“

Rüdiger Weckmann, 13.01.2010